

# Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 9 für die 49. Woche / 2011

Mannheim, den 5. Dezember 2011

Redaktionsanschrift: [mathias.kohler@gmx.net](mailto:mathias.kohler@gmx.net)

## Mannheim fit machen für die Zukunft!

### SPD geht es bei den Haushaltsberatungen um Gerechtigkeit und Teilhabe

Zum ersten Mal wird der städtische Haushalt für die Jahre 2012 und 2013 nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR) beschlossen, das mehr Transparenz und Effizienz verspricht. Für Ralf Eisenhauer, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, ist aber nicht entscheidend, wie der Haushalt geführt wird, sondern wie wir Mannheim fit machen für die Zukunft: „Mit dem Haushalt schaffen wir die Grundlagen dafür, wie die Menschen in Mannheim leben und arbeiten werden, wie Kinder bei uns aufwachsen, wie Alte und Kranke versorgt werden und in welchem Zustand wir unsere Stadt kommenden Generationen hinterlassen werden.“

#### Es geht um die Menschen

Deshalb ist es das Anliegen der SPD, eine Strategie bei den Haushaltsberatungen zu verfolgen, die den Menschen und das Wohl Mannheims in den Mittelpunkt stellt. Ralf Eisenhauer erklärt: „Es ist das Anliegen und das Angebot der Mannheimer SPD, auf dem vor uns liegenden Weg der Haushaltsberatungen hart und kontrovers um Zahlen zu streiten, doch gemeinsam eines nicht zu vergessen: Es geht um die Menschen in unserer Stadt, es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe und es geht um ein friedvolles Miteinander in der Stadt, in der wir leben.“

#### Die Schwerpunkte der SPD

Die Schwerpunkte einer vorausschauenden Politik sind, neben dem Abbau der Schulden, folgendermaßen zu setzen: Im Vordergrund stehen zunächst Bildung und Soziales: Um die Chancengleichheit eines jeden Kindes zu erreichen, benötigen wir Schulen, die individuellen

Unterricht anbieten. „Deshalb ist es unser Anliegen, neben der IGMH zwei Gemeinschaftsschulen, eine im Norden, eine im Süden, einzurichten“, schildert Eisenhauer. Daneben gilt es, am Ausbau der Krippen- und Hortplätze festzuhalten und die Jugendarbeit zu stärken. Außerdem ist es wichtig, die Mobilität in Mannheim zu verbessern: Der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs verbessert die Infrastruktur und schont die Umwelt. Zudem spielen Sport und Kultur eine wichtige Rolle, wie etwa Mannheims Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt 2020; Eisenhauer führt dazu aus: „Es geht für uns bei der Bewerbung um nichts Geringeres als Stadtentwicklung im umfassenden Sinne.“

#### Gemeinsame Beteiligung notwendig

Abschließend appelliert Eisenhauer, sich an den Diskussionen um den künftigen Haushalt zu beteiligen: „Ich bitte alle Mannheimerinnen und Mannheimer: Schreiben Sie uns, kommen Sie vorbei, diskutieren Sie mit uns. Wir benötigen Ihre Anregungen für ein gutes Zusammenleben, um Mannheim fit zu machen für die Zukunft.“

Hier ist die Etatrede online zu finden:

[http://spdnet.sozi.info/bawue/mannheim/grmannhm/dl/Etatrede\\_12\\_13\\_Eisenhauer.pdf](http://spdnet.sozi.info/bawue/mannheim/grmannhm/dl/Etatrede_12_13_Eisenhauer.pdf)



## Übermorgenmacher gesucht!

Sie arbeiten an der Zukunft? Mit neuen Ideen? Mit neuen Projekten?

Oder Ihnen fällt jemand ein, auf den diese Beschreibung passt?

Dann werden Sie doch Übermorgenmacher! Oder Übermorgenmacherin! Oder schlagen Sie uns vor, wer Übermorgenmacherin oder Übermorgenmacher werden sollte! Zum Landesjubiläum 2012 suchen wir 60 Men-

schen aus dem Land, die heute schon daran arbeiten, die Welt von übermorgen zu verbessern. Nähere Einzelheiten unter <http://www.bw-feiert.de/uebermorgenmacher/startseite.html>

SPD-Kreisverband Mannheim  
Kreisvorsitzender:  
Wolfgang Katzmarek

SPD-Regionalzentrum Rhein-Neckar  
Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg  
Telefon: (06221) 21 0 04  
Telefax: (06221) 16 40 23

E-Mail:  
[kv.mannheim@spd.de](mailto:kv.mannheim@spd.de)  
Homepage:  
[www.spd-mannheim.de](http://www.spd-mannheim.de)

Bankverbindung:  
Konto-Nr. 302 43 102  
BLZ 670 505 05  
Sparkasse Rhein-Neckar-Nord

## Weihnachtsfeier und Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Schönau

Ein wichtiger Höhepunkt im Leben des Ortsvereins unserer Sozialdemokratischen Partei ist die Ehrung von Genossinnen und Genossen, die auf 10, 30 und mehr Jahre Mitgliedschaft oder ehrenamtliches Engagement zurückschauen können. Der SPD-Ortsverein Schönau führt diese Jubilarehrung im Rahmen seiner Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen am **Sonntag, den 18. Dezember 2011** im Kulturzentrum Siedlerheim Schönau durch.



**Das vorläufige Programm:** Sektempfang, Begrüßung durch die OV-Vorsitzende Andrea Safferling, Kaffee und Kuchen, Tombola / Jahrespräsentation, Festansprache, Ehrung unserer Jubilare, Übergabe des Lena Maurer Preis, Musikalische Beiträge von Ice and Fire und die Gruppe Olly and friends.

## Landwirtschaft und Agrarhandel fair gestalten: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte achten

**Referentinnen: Gudrun Dienst, Dipl. Pädagogin, FIAN-Multiplikatorin und Cinzia Fenoglio, Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V., Attac Mannheim, FIAN**

Weltweit hungern 1 Milliarde Menschen. Obwohl genügend Nahrungsmittel produziert werden, gelangen diese nicht in ausreichendem Maß zu den Menschen, die sie so dringend brauchen. Zugleich werden Strukturen landwirtschaftlicher Selbstversorgung in den Ländern des Südens zerstört. Wo liegen die Gründe und welche Alternativen gibt es?

Der Vortrag will einen Einblick in die Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung geben, die sich in jüngster Zeit durch Land- und Handelskonflikte ergaben. Insbesondere die Agrarpolitik der Europäischen Union mit ihren Export-Subventionen steht dabei in der Kritik.

FIAN (NGO) für das Recht auf Nahrung) setzt sich für einen menschenrechtsorientierten Ansatz in der Politik ein. Diesen Ansatz verfolgen auch die Weltläden, die ihren Projektpartnern faire Preise garantieren. Lässt sich dieses Konzept des fairen Handels auf den globalen Agrarhandel übertragen? Und welche Möglichkeiten haben wir vor Ort, einen landwirtschaftlichen Strukturwandel herbei zu führen und den Agrarhandel im Sinne der Menschenrechte zu beeinflussen? Ein Beispiel ist das Modell der Solidarischen Landwirtschaft, dessen Grundzüge Cinzia Fenoglio umreißen wird.

**Mi, 14.12.2011, 19.00 Uhr, Mannheim, Ökumenisches Bildungszentrum St. Clara, B 5, 19**

## Diskussion im SPD-Kreisvorstand über die Volksabstimmung zu Stuttgart 21:

## SPD will die Bürgerbeteiligung stärken und ausbauen

(1.12.11, [Presseerklärung](#), [Grafik MM](#)) Der Mannheimer SPD-Kreisvorstand hat sich bei seiner letzten Sitzung mit dem Ergebnis der Volksabstimmung zum Bahnprojekt Stuttgart 21 befasst. Die Mannheimer SPD begrüßt, dass die Volksabstimmung ein klares Votum gebracht hat, das nunmehr die Chancen eröffnet, den politischen Dauerstreit um das Milliardenprojekt zu deeskalieren. Dazu gehört auch die einstimmige Entscheidung der Landesregierung, dass die Landesbeteiligung bei Stuttgart 21 von 930 Millionen Euro nicht überschritten werden darf. Und dabei muss es nach Meinung der SPD auch bleiben. Die Mannheimer SPD erwartet, dass auch die Verkehrsprojekte in der Region und im badischen Landesteil konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört u.a. auch die ICE-Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch den in der Landesgeschichte bisher einmaligen Volksentscheid ist nach Meinung der Mannheimer SPD ein sehr guter Weg gewesen. „Wir haben als SPD in der grün-roten Landesregierung den Volksentscheid gegen anfängliche Widerstände durchgesetzt und fühlen uns darin bestätigt, dass dieser Weg der richtige war“, betont Kreisvorsitzender Wolfgang Katzmarek. „Die Volksabstimmung hat die Lösung für diesen Dauerkonflikt aufgezeigt - und darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.“

### Ergebnis der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

Alle Angaben in Prozent	JA = für Ausstieg	NEIN = gegen Ausstieg	Wahlbeteiligung
<b>Mannheim gesamt</b>	57,2	42,8	33,3
Innenstadt/Jungbusch	54,6	45,4	29,1
Neckarstadt-West	68,4	31,6	24,0
Neckarstadt-Ost/Wohlgelegen	64,2	35,8	29,3
Schwetzingenstadt/ Oststadt	55,1	44,9	40,3
Lindenhof	53,9	46,1	41,9
Neuostheim/ Neuhermsheim	52,0	48,0	41,8
Sandhofen	57,6	42,4	28,3
Schönau	59,8	40,2	21,5
Waldhof	60,8	39,2	28,9
Käfertal	57,1	42,9	29,9
Vogelstang	56,2	43,8	26,8
Wallstadt	54,4	45,6	41,5
Feudenheim	60,2	39,8	44,8
Seckenheim	54,6	45,4	36,9
Friedrichsfeld	56,3	43,7	39,5
Neckarau	55,9	44,1	39,0
Rheinau	53,6	46,4	30,9

Es hat sich nach Meinung der Mannheimer SPD auch gezeigt, dass man über große Infrastrukturmaßnahmen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen kann, weil durch diesen Weg der tatsächliche Wille der Bürgerschaft deutlicher wird und nicht nur die in der Öffentlichkeit artikulierten Meinungen zur Entscheidungsfindung beitragen.

„Dieser Weg der direkten Demokratie ist auch auf kommunaler Ebene möglich“, so Katzmarek. „Wir unterstützen den Weg des Oberbürgermeisters und der SPD-Gemeinderatsfraktion, der Bürgerbeteiligung eine deutliche Aufwertung zu geben.“

**Nach Bundeskongress und Gewerkschaftstag:**

## **IG Metall und ver.di vor alten und neuen Herausforderungen**

**Vortrag und Diskussion mit Dr. Heiner Dribbusch, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf**

Die beiden größten Gewerkschaften in Deutschland haben im September und Oktober dieses Jahres auf ihrem Bundeskongress beziehungsweise Gewerkschaftstag Bilanz gezogen, die Führungsspitzen gewählt und sich für die nächsten vier Jahre aufgestellt. Wie stehen IG Metall und ver.di zurzeit da? Worin sehen sie ihre Hauptaufgaben in den kommenden Jahren? Vor welchen Herausforderungen stehen sie und gibt es dabei Gemeinsamkeiten und Überschneidungen?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Vortrages. Heiner Dribbusch forscht innerhalb des WSI zu Gewerkschaftspolitik und Arbeitskämpfentwicklung. Die Ent-

wicklung der deutschen Gewerkschaften verfolgt er seit vielen Jahren, unter anderem arbeitete er 11 Jahre bei BBC/ABB in Mannheim. Nach dem Referat erwarten wir Diskussionsbeiträge von Vertretern beider Gewerkschaften.

**Montag, 12. Dezember 2011, um 19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus Mannheim, Bleicher-Saal, Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim**

Veranstalter: Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar, c/o Klaus-Peter Spohn-Logé, Nietzschestr. 8, 68165 Mannheim, Telefon 0621/415009, Fax 0621/416984, E-Mail: [kda.spohn-loge@t-online.de](mailto:kda.spohn-loge@t-online.de)

## **Heberer: Mannheim in BW mit als erste mit Digitalfunk ausgestattet**

Dass die Auslieferung der Digitalfunk-Geräte in Nordbaden beginnt und in Mannheim alleine 768 Geräte bereits eingetroffen und in Betrieb genommen wurden, freut die Landtagsabgeordnete Heberer deshalb, weil sie seit Jahren in Stuttgart die neuen Kommunikationsmittel für die Mannheimer Polizei immer wieder gefordert hatte.

„Hier musste ja zum Teil, aus Mangel an Polizei-Ausstattung auf private Handys zurückgegriffen werden – was ein Unding ist“ so die Abgeordnete.

Nun sind die Geräte in Mannheim, Heidelberg, Mosbach und Tauberbischofsheim im erweiterten Probetrieb, der mit entsprechenden Schulungen begleitet wird.

„Das ist eine vernünftige Lösung“ so Heberer „denn man muss, hinsichtlich Abhörsicherheit und schneller



und umfassender Information für die Nutzer die Prozesse eine Weile genau im Auge behalten, ob noch Verbesserungen nötig sind“. Deshalb laufe der analoge Betrieb auch parallel weiter, wie sie sich bei der Polizei ein Bild über die Abläufe machen konnte. „auch das macht Sinn, denn Sicherheit in der Datenübermittlung hat hier die höchste Priorität“ auch wenn in Mannheim bisher glücklicherweise noch keine Netzprobleme aufgetaucht seien.

Sie hofft, dass sich für unsere Polizei mit dem neuen System, das in anderen Bundesländern längst eingeführt ist, die Arbeit optimiert und erleichtert werden kann.



**Am Mittwoch, 7.12.2011**

ist das SPD-Regionalzentrum in Heidelberg wegen einer Mitarbeiterversammlung in Stuttgart nicht besetzt.

## **Neuwahlen beim ASB Mannheim und Rhein-Neckar**

(Mannheim, 25.11.2011, ASB). Nachdem im Herbst letzten Jahres ausschließlich über Turbulenzen und Schief lagen beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Regionalverband Mannheim/Rhein-Neckar berichtet wurde, ist in Mannheim wieder Ruhe eingekehrt und die wirtschaftliche Entwicklung des Regionalverbandes verläuft positiv.

Am 25. November 2011 wurde auf der Mitgliederversammlung des ASB Mannheim/Rhein-Neckar im Naturfreundehaus Mannheim von 30 Mitgliedern des Verbandes ein neuer Vorstand gewählt. Die Entlastung des alten Vorstandes wurde aufgrund der jahrelangen Misswirtschaft unter Mehrheitsbeschluss abgelehnt.



Die ASB-Landesvorsitzende Marianne Wonny betonte in ihrem Bericht den unabdingbaren Ausbau der Mitgliederzahlen, da viele soziale Dienstleistungsbereiche ohne die wichtigen Mitgliedsbeiträge nicht kostendeckend angeboten werden könnten. Marianne Wonny versprach den zahlreichen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASB Mannheim/Rhein-Neckar, dass der ASB alles dafür tun werde, um ein zuverlässiger Arbeitgeber und transparenter Verband zu bleiben und bat um Unterstützung des bereits eingeschlagenen positiven und erfolgreichen Weges. Für die Zukunft sei man aufgrund der momentanen Ergebnisse guter Dinge.

Der Interimsgeschäftsführer Marcel Adrian berichtete über die wirtschaftliche Situation im Regionalverband. Die Sanierung mit finanzieller Unterstützung des ASB Landesverbandes sei sicherlich noch nicht vorbei, weise jedoch schon deutlich positivere Ergebnisse auf. Auch die Gesamtausgaben in den drei Pflegeheimen des ASB Mannheim/Rhein Neckar seien, unter anderem auf-

grund der gestiegenen Gesamtauslastung, merklich gesunken. Die Belegung der Pflegeheime befinde sich nun auf einem Höchststand von rund 94 %.

Der neue Vorstand besteht aus 11 Mitgliedern. Zum Regionalverbands-Vorsitzenden wurde Peter Pische gewählt, seine beiden Stellvertreter sind der Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Fulst-Blei MdL und Chris Rihm. Schatzmeister ist nun Peter Schmid, das Amt des Verbands-Arzt hat Dr. Patrick Giesder inne. Zum Jugendleiter wurde Herwin Hadameck gewählt. Beisitzer sind Birgit Fandrei, Christel Jancik und Mathias Kohler. Die Ortskontrollkommission besteht aus Herbert Mrosk und Thomas Weichert.

Der am 25.11.2011 neu gewählte Vorstand des ASB Mannheim/Rhein-Neckar, v.l.n.r.: Marianne Wonny, Landesvorsitzende; Marcel Adrian, Interimsgeschäftsführer; Herbert Mrosk, Ortskontrollkommission; Christel Jancik, Beisitzerin; Thomas Weichert, Ortskontrollkommission, Peter Schmid, Schatzmeister; Mathias Kohler, Beisitzer; Chris Rihm, stellv. Vorsitzender; Herwin Hadameck, Jugendleiter; Dr. Patrick Giesder, Verbands-Arzt und Lars-Ejnar Sterley, Landesgeschäftsführer (nicht anwesend: Peter Pische, Vorsitzender; Dr. Stefan Fulst-Blei MdL, stellv. Vorsitzender und Birgit Fandrei, Beisitzerin). (Foto: Denise Gerber)



## Peter-Petersen-Gymnasium gemeinsam umbenennen

### SPD unterstützt Namenswettbewerb der Schule

Spätestens seit 2009 ist es durch die Habilitationsschrift von Prof. Dr. Benjamin Ortmeier (Universität Frankfurt a. M.) unumstritten, dass der bekannte Reformpädagoge Peter Petersen der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus eng verbunden war. Wenige Wochen nach bekannt werden dieser Ergebnisse hatte die SPD eine Diskussion veranstaltet, wie die Schule auf der Schönau mit ihrem Namensgeber umgehen soll. Zu Gast waren Prof. Dr. Ortmeier, Dr. Leichert, Rektor des Gymnasiums sowie Schülersprecherin Viktoria Rink. Stadtrat Dr. Stefan Fulst-Blei, Moderator dieser Diskussion, berichtet über das Ergebnis: „Wir waren uns einig, dass wir unbedingt einen neuen Namen finden müssen. Auch waren wir uns einig, dass der richtige Zeitpunkt dafür die Fertigstellung der Schulsanierung ist.“

Für Stadträtin Andrea Safferling ist zudem klar, dass die Gemeinschaft aus Schüler- und Lehrerschaft, Eltern und

Stadtteil entscheiden soll, wie die Schule künftig heißt: „Der Stadtteil und die Schulgemeinschaft müssen sich mit dem Namen identifizieren. Deshalb unterstützen wir den laufenden Namenswettbewerb des Gymnasiums, bei dem alle aufgerufen sind, Vorschläge einzubringen, über die anschließend unter den Beteiligten abgestimmt werden kann.“ Folglich zeigt sich die Schönauerin überrascht über den kürzlich in den Gemeinderat eingebrachten Antrag der CDU, die Schule in Edith-Stein-Gymnasium umzubenennen: „Populistische Schnellschüsse sind irreführend. Die Mitglieder der CDU können gerne ihren Vorschlag in den Wettbewerb einbringen, insbesondere weil mit Edith Stein eine renommierte Pädagogin geehrt würde. Aber eine Namensbestimmung von oben herab ist der falsche Weg.“

## Mannheim bekommt ab 2012 deutlich mehr Geld vom Land

Für den Ausbau der Kindertagesbetreuung für die 0- bis 3-Jährigen bekommt Mannheim zusätzlich rund 9 Mio. Euro



Die SPD-Landtagsabgeordnete und Stadträtin Helen Heberer freut sich über den Pakt für Familien mit Kindern, den die grün-rote Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden beschlossen hat. Hierdurch wird Mannheim allein im Jahr 2012 9,3 Mio. Euro mehr für die

Betreuung von 0- bis 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen bekommen, gibt Heberer bekannt. Darüber hinaus erhält Mannheim zukünftig weitere 1,2 Mio. Euro mehr an Zuweisungen für den Ausbau der Betreuung durch Tageseltern.

Damit, so die Abgeordnete mache die grün-rote Landesregierung ernst mit ihrer Ankündigung, sich für junge

Familien und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen: „Die grün-rote Landesregierung hält Wort und setzt die von der SPD versprochene Unterstützung junger Familien um.“

Nach vielen Versäumnissen in der Vergangenheit sei es Mannheim nun möglich, mit dem zusätzlichen Geld vom Land die Kleinkindbetreuung auszubauen. Damit sei von der neuen Landesregierung ein Schritt getan,

Baden-Württemberg wirklich kinder- und familienfreundlicher zu machen.

Daneben sollen ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 zusätzliche Mittel für die Sprachförderung im Kindergarten (3 bis 6 Jahre) vom Land zur Verfügung gestellt werden, so Heberer abschließend. „Dies haben wir jahrelang gefordert und können es nun umsetzen“

## Migranten und ErzieherInnen

(Einstimmiger Beschluss des SPD-Kreisparteitages am 18.11.2011, Antragsteller Ortsverein Innenstadt.) Die Gemeinderatsfraktion wird beauftragt, sich für eine gezielte Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund einzusetzen. Sie fordert die Verwaltung auf, eine entsprechende Konzeption zur gezielten Personalakquise vorzulegen.

**Begründung:** Die Stadt Mannheim hat im Bereich des Krippenausbaus eine Herkulesaufgabe zu stemmen. Der gesetzliche Versorgungsanspruch von 35 Prozent an bereitzustellenden Krippenplätzen hat eine gewaltige Nachfrage nach Erzieherinnen und Erziehern ausgelöst. Die Stadt befindet sich mit den umliegenden Städten und Gemeinden in einem harten Wettbewerb um Erzieherinnen und Erzieher. Wir fordern deshalb, im Rahmen der Erstellung eines entsprechenden Masterplans zur Personalgewinnung einen Schwerpunkt der Anstrengungen auch auf die gezielte Ansprache von Migrantinnen und Migranten zu legen.

Der Anteil von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund liegt derzeit bundesweit bei nur etwa acht Prozent. Mehr als 30 Prozent der Kinder in den Kitas stammen aus einer Familie mit Migrationshintergrund. Von daher sehen wir auch aus gesellschaftspolitischen Gründen Handlungsbedarf, deutlich mehr



Migrantinnen und Migranten für das Kita-Personal zu gewinnen.

Die Werbung für den Beruf Erzieherin/Erzieher schließt auch ein, dass die generellen Rahmenbedingungen verbessert werden, wozu ein angemessener Betreuungsschlüssel und Gruppengrößen sowie eine verbesserte Bezahlung gehören. Bei zurückgehenden Schülerzahlen muss der Beruf attraktiver gemacht werden, um junge Leute zu gewinnen. Zu den spezifischen Rahmenbedingungen gehören eine Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und eine gezielte Bereitstellung von Bildungsberatung der Jobcenter zur Vermittlung von Kenntnissen der Teilanerkennung von Bildungsabschlüssen und schulischen Leistungen.

## Erhalt des Fachkräftegebots in der Kinderbetreuung und -Erziehung

(Beschluss des SPD-Kreisparteitages am 18.11.2011, Antragsteller SPD-Ortsverein Seckenheim). Die SPD Fraktion des Gemeinderates der Stadt Mannheim wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von fachfremden Personal in der Kinderbetreuung ausschließlich im Bereich der verlässlichen Grundschule genehmigt wird, solange nachweislich kein geeignetes Fachpersonal gefunden werden kann.

Lässt sich darlegen, wie groß der Mangel an Fachkräften ist und welche Schritte unternommen werden um diesen Mangel abzubauen.

Fachfremdes Personal ist durch geeignete Fortbildungen auf die Aufgabe vorzubereiten. Diese Fortbildungen können auch in begleitender Form stattfinden. Hierbei soll auch über den rechtlichen Status aufgeklärt (z.B. Aufsichtspflichten dieser Aushilfskräfte) werden.

Qualitätsstandards sind aufrecht zu erhalten, d.h. der Betreuungsschlüssel ist einzuhalten. Sollte für die Betreuungstätigkeit noch kein Schlüssel festgelegt sein, wird dies nachgeholt.



SPD beschließt Resolution „Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus“ auf dem SPD-Parteitag in Berlin

## Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus.

## Mehr Offenheit. Mehr Demokratie. Mehr Freiheit.

(04. Dezember 2011) Weil sie nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passten, wurden mindestens zehn Menschen von Polizeibekannten Rechtsextremisten heimtückisch ermordet. Mitten in Deutschland. Skrupellos, ohne jede menschliche Regung. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz haben weder die Zusammenhänge der Morde noch die wahren Motive der Mörder erkannt. Schlimmer noch: Viele der Ermordeten wurden schnell und falsch zu Opfern organisierter Kriminalität erklärt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, dass Menschen zu solchen Taten fähig sind. Wir schämen uns für die schweren Fehler, die bei den Ermittlungen gemacht wurden. Wir schämen uns aber auch für unsere Leichtgläubigkeit, weil wir selbst den hastigen Ausschluss rechtsextremer Motive nicht hinterfragten. Hierfür entschuldigen wir uns bei den Hinterbliebenen der Opfer. Wir sind wütend, dass immer noch nicht alles unternommen wird, dem weiter erstarkenden Rassismus und Rechtsextremismus wirksam Einhalt zu gebieten.

Seit fast 150 Jahren steht die SPD für eine demokratische, offene, tolerante und von Solidarität und sozialem Zusammenhalt geprägte Gesellschaft. Für uns bedeutet Demokratie die Gewährleistung individueller Freiheit, umfassender gesellschaftlicher Teilhabe, Schutz von Minderheiten und sozialem Ausgleich. Die SPD ist stolz auf unsere von kultureller Vielfalt geprägte Einwanderungsgesellschaft. Wir lassen es nicht zu, dass Rassisten und Rechtsextremisten unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie zerstören.

Eine Gesellschaft, wie wir sie wollen, ist angreifbar und verletzlich. Sie ist darauf angewiesen, dass überzeugte Demokraten sich unterhaken und keinen Fuß breit weichen vor den Angriffen der rechten Demagogen, Schläger und Mörder auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Demokratien müssen wehrhaft sein: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich immer mit aller



Kraft den Feinden der Demokratie entgegenstellen - unserer eigenen Geschichte bewusst und unseren Grundwerten verpflichtet. Wir wehren uns gegen jedwede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt. Wir antworten mit Solidarität und Zivilcourage.

Im Kampf gegen neue wie alte Nazis müssen wir drei Schritte gleichzeitig gehen:

### 1. Rassistische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft bekämpfen!

Auch vermeintliche Einzeltäter kommen nicht aus dem Nichts, sondern werden von einem aggressiven gesellschaftlichen Klima animiert. Wir alle haben noch die



Petar Drakul und Peter Simon am Sonntag auf dem Bundesparteitag in Berlin (Photo: Alexander Lucas, Hauptstadtdredaktion des „Roten Quadrats“.)

Bilder der Brandopfer von Mölln und Solingen vor Augen. 1993 wie heute sind wir gefordert für mehr demokratische Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen. Es gilt gegen ein zunehmendes Klima der Gewöhnung an rechtsextreme Übergriffe anzukämpfen. Wir engagieren uns für eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann. Unsere Vorstellung von einem guten Miteinander ist dadurch geprägt, dass jede und jeder den anderen so anerkennt wie sie/er ist. Akzeptanz, Respekt und gegenseitige Wertschätzung bilden die Richtschnur für den Umgang miteinander. Das ist das gesellschaftliche Klima, das wir brauchen. Es steht diametral der Menschenfeindlichkeit gegenüber, die Rechtsextremisten in die Mitte unserer Gesellschaft tragen wollen.

Wir wollen eine Demokratieoffensive starten gegen politisches Desinteresse und gesellschaftliche Lethargie. Wir brauchen gute Bildung für alle, denn solides Wissen ist die beste Extremismusprävention. Wir wollen keinen Bürokratismus mehr für die Projekte und Initiativen, die sich an vorderster Stelle den Nazis in den Weg stellen. Die Städte und Gemeinden müssen aus ihrer finanziellen Hilflosigkeit befreit werden, damit nicht noch mehr Jugendzentren, Kultur- und Freizeitangebote und soziale Einrichtungen verschwinden. Wir wissen, Nazis nutzen die Nischen, die wir ihnen überlassen. Zudem gilt es Bündnisse für Demokratie zu schmieden mit Gewerkschaften, Arbeitgeber-Verbände, NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Wir wollen Partner derjenige sein, die an vorderster Stelle für uns dem Rechtsextremismus die Stirn bieten. Die solide und unbürokratische Förderung der Projekte und Initiativen ist uns ein besonderes Anliegen. Die SPD bekräftigt daher ihre Forderung nach der Errichtung einer Bundesstiftung für demokratische Kultur. Die Aufgabe, dem Rechtsextremismus vorzubeugen bzw. ihn zu bekämpfen ist zu wichtig, als dass die Wahrnehmung die-



ser Verantwortung so sehr vom Ausgang jährlicher Haushaltsberatungen im Bundestag abhängig gemacht wird. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, einen entsprechenden Antrag in den Deutschen Bundestag einzubringen.

### **2. Rassisten und Rechtsextremisten überwachen, überführen und verurteilen!**

Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland sicher sind und sich auch sicher fühlen. Der

Fall der Nazi-Mörder schockiert uns in diesen Tagen besonders. Doch der Nazi-Terror gegen Menschen ist Alltag in einigen Regionen in Ost- und Westdeutschland. Er endet nicht immer tödlich, aber auch die permanente Angst vor Bedrohung, Gewalt und Hilflosigkeit können ein Leben zerstören. Nirgendwo in unserem Land dürfen wir zulassen, dass Nazis Angsträume schaffen.

## Terminkalender der Mannheimer SPD

Hier stehen nur die Termine, die auf die Website der Mannheimer SPD gestellt oder per E-Mail mitgeteilt wurden:

### **Montag, 05.12.2011, 12:00 Uhr - 13:00.**

Telefonsprechstunde Helen Heberer, MdL, Ort: 0621 - 89 71 44

### **Dienstag, 06.12.2011, 13:00 Uhr.**

Informationsveranstaltung zur Gemeinschaftsschule  
Ort: Ratssaal in N 1 Andrea Safferling und Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL, werden die Informationsveranstaltung besuchen.

### **Mittwoch, 07.12.2011, 19:00 Uhr.**

Jahresabschlussessen der SPD Mannheim-Ost, Ort: Restaurant Cavallo, Gartenschauweg 8, 68165 MA

### **Mittwoch, 07.12.2011, 19:30 Uhr.**

Sport und Integration, Ort: Mannheim, Alte Kaufmannmühle Mit Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Stefan Rebmann MdB

### **Donnerstag, 08.12.2011, 14:00 Uhr.**

Weihnachtsfeier der AWO Käfertal, Ort: Unionskirche Käfertal Gabriele Katzmarek, Andrea Safferling, Ralf Eisenhauer. Prof. Dr. Horst Wagenblaß, Rainer Spagerer und Dr. Stefan Fulst-Blei werden an der Feier teilnehmen.

### **Donnerstag, 08.12.2011, 19:30 Uhr.**

SPD-Vorstandssitzung der SPD Mannheim-Gartenstadt, Ort: Bürgerhaus Kirchwaldstraße 17.

### **Freitag, 09.12.2011, 18:30 Uhr.**

Weihnachtsfeier der SJD Die Falken, Ort: Falken-Raum: F7, 22-23 Mannheim

### **Samstag, 10.12.2011, 14:00 Uhr - 17:00.**

Weihnachtsfeier der AWO Neckarau-Lindenhof, Ort: Volkshaus Neckarau (Mehrzweckhalle), Rheingoldstraße 47-49

## Samstag, 24. März 2012

Für diesen Tag ist von 9:30 Uhr bis 16 Uhr ein Kreisparteitag mit turnusmäßiger Neuwahl des Kreisvorstandes avisiert. Diesen Termin bitte schon einmal vormerken. Bis zu diesem Termin sollten auch die Delegierten\_innen der einzelnen Ortsvereine gewählt worden sein.

